

Protokoll der Sitzung des Beirates Gröpelingen am 03.12.2025
im Nachbarschaftshaus Helene Kaisen, Beim Ohlenhof 10, 28237 Bremen

Beginn der Sitzung: 18:30 Uhr
Ende der Sitzung: 21:15 Uhr

Nr.: XIV/07/25

anwesend sind:

Kristin Blank	Pierre Hansen	Ute Pesara
Timm Brethauer	Norbert Holzapfel	Martin Reinekehr
Marijanne Eberl	Özlem Kara	Tobias Stehle
		Dieter Winge

verhindert sind:

Nesrin Aslim
Yakup Melith Celik
Mustafa Alkan Ertunç
Marina Grünewald
Hanspeter Halle
Rosemarie Kwidzinski
Arndt Overbeck

Gäste:

Sabine Toben-Bergmann / Leitung Jugendfreizeitheim Oslebshausen
Ina Bernard / Leitung Mädchen*Zentrum Gröpelingen
Dr. Oliver Peters und Martin Kehl / Landesinstitut für Schule (LIS)

Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit, Genehmigung der Tagesordnung

TOP 2: Genehmigung der Protokolle Nr. XIV/05/25 vom 29.10.2025 und Nr. XIV/06/25 vom 18.11.2025

TOP 3: Neuer Mittelvergabe-Modus der offenen Kinder- und Jugendarbeit („OKJA“) und Beteiligung der Beiräte

dazu: Sabine Toben-Bergmann / Leitung Jugendfreizeitheim Oslebshausen
Ina Bernard / Leitung Mädchen*Zentrum Gröpelingen

TOP 4: Vorstellung der „SCHULBUS-Studie“: Handlungsbedarfe und Perspektiven
dazu: Dr. Oliver Peters und Martin Kehl / Landesinstitut für Schule (LIS)

TOP 5: Anträge, Anregungen und Entscheidungen in Stadtteilangelegenheiten
a) Jugendvertretung b) BürgerInnen c) Seniorenvertretung d) Beirat

TOP 6: Bericht des Beiratssprechers

TOP 7: Verschiedenes

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit, Beschluss der Tagesordnung

Der Beirat ist beschlussfähig. Die Tagesordnung wird in der vorgelegten Fassung angenommen.

TOP 2: Genehmigung der Protokolle Nr. XIV/05/25 vom 29.10.2025 und Nr. XIV/06/25 vom 18.11.2025

Die o.a. Protokolle werden einstimmig genehmigt.

TOP 3 Neuer Mittelvergabe-Modus der offenen Kinder- und Jugendarbeit („OKJA“) und Beteiligung der Beiräte

Frau Toben-Bergmann und Frau Bernard geben eine kurze Sachstandsdarstellung aus Ihren Häusern wieder, die als relevante Einrichtungen von den geplanten Änderungen der OKJA-Gesetzgebung betroffen sind.

Frau Toben-Bergmann hebt auf die ab Frühjahr 2026 anfallenden Tarifsteigerungen im Personalbereich sowie die erhöhten Kosten für diverse Nebenarbeiten ab, die im Kontext des Freizeitheim-Betriebes zu verzeichnen sind. Der Kostenlast wird die laufend erbrachte Leistung gegenübergestellt, das Haus wochentags für eine durchschnittliche Besucherfrequenz von 70 jungen Menschen am Tag offenzuhalten und dies mit einer attraktiven Angebotsstruktur zu verbinden.

Dass die 350.000,--Euro eingestellten zusätzlichen Mittel in 2026 diese Mehrbedarfe auffangen, wird insofern bezweifelt. Es handele sich faktisch um „das Bewältigen der Herausforderungen von morgen mit dem Budget von gestern“. Erschwerend kommt hinzu, dass der Überbrückungszeitraum der haushaltslosen Zeit in der Nahperspektive bis 2027 keine finanzielle Verlässlichkeit biete.

Im Gleichklang mit der Ortspolitik richten sich gewisse Hoffnungen der Einrichtungsleitungen auf die Standards für institutionell geförderte Einrichtungen, welche im Benehmen mit der Sozialbehörde auf einer Planungskonferenz (früher als „Stadtteilkonferenz“ deklariert) festgelegt wurden.

So gibt die neue Systematik der Bedarfsermittlung den Häusern – zumal den vier institutionellen Einrichtungen im Stadtteil - zwar eine strukturelle Erwartungssicherheit. Sorge bereitet den Akteuren indes eine Ausdehnung der festgelegten Angebotszuschnitte auf einen größeren Planungshorizont, nun unter Einbezug der im Wachsen begriffenen Überseestadt. Der Beirat nimmt die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.

TOP 4: Vorstellung der „SCHULBUS-Studie“: Handlungsbedarfe und Perspektiven

Herr Dr. Peters und Herr Kehl (LIS) stellen die Kerninhalte der sog. SCHULBUS-Studie (Akronym für „Schüler- und Lehrkräftebefragung zum Umgang mit Suchtmitteln“) anhand einer computergbundenen Präsentation vor (Anlage 1).

Das Projekt ist getragen vom Präventionsgedanken, Jugendliche an Schulen über die Gefahren, welche von Suchtmitteln unterschiedlicher Art ausgehen, aufzuklären und mittels einer globalen Bestandaufnahme (Befragungen, welche dieser Studie zugrunde liegen) einschlägige Erkenntnisse über mögliche Gefahren zu gewinnen und laufend auf den neuesten Stand zu bringen.

Aus den aggregierten Daten lassen sich einzelne Gutachten erstellen, die auf spezifische Tendenzen an den einzelnen Schulen eingehen und dem örtlichen Lehrkörper entsprechende Orientierung geben, um angemessene Hausstrategien zu entwickeln.

Bestimmend für die Validität gewonnener Erkenntnisse ist die „30-Tage-Prävalenz“. Dieser Beobachtungszeitraum ist in der Wissenschaft als Gradmesser für hinreichend regelmäßigen

Konsum anerkannt, welcher auf eine Suchtgefährdung, nicht aber eine Sucht selbst schließen lässt.

Sind herkömmliche Suchtmittel (Alkohol, Zigaretten), denen beim Konsum zumeist ein gemeinschaftsstiftender Faktor zugrunde liegt, im Rückgang begriffen, sind synthetische Substanzen am Markt auf dem Vormarsch, die sich in liquider oder kristalliner Form über E-Zigaretten konsumieren lassen.

Die Unwissenheit um die Konzentration und damit die Toxik dieser Wirkstoffe macht deren besondere Gefährlichkeit aus und kann im Einzelfall zu tödlicher Überdosierung führen. Fruchtige Aromen, die sich über den einschlägigen Handel frei beziehen lassen, überdecken wirkungsvoll den Eigengeruch bspw. von Cannabioiden und machen den Drogenkonsum für Außenstehende - auch im schulischen Umfeld - schwer identifizierbar.

Auf Nachfrage geben die Referenten zur Auskunft, dass Amphetamine (hier besonders Extasy und Lachgas) weniger auf örtlichen Schulhöfen, sondern eher einer „Partyszene“ der reiferen Semester zuzuordnen seien.

Eine gesonderte Betrachtung nimmt die Problematik der verhaltensgetriebenen Süchte ein, dem u.a. Glücksspiel, Medienkonsum und Essstörungen zuzuordnen sind. Dass Formen psychischer Abhängigkeiten in diesem Bereich ein erheblich unterschätztes Gefährdungspotential innewohnt, offenbart die vergleichsweise hohe Suizidrate unter Betroffenen.

Die Referenten heben in ihrer Darstellung auch auf das Einsparpotential ab, das sich vor Eintritt von Suchtschäden erzielen lässt. So entsteht der Solidargemeinschaft in der Nachsorge/Heilung gegenüber einer Präventionsarbeit das Vierfache an Kosten.

Kritisch wird von Seiten der Studienverfasser in diesem Kontext auch der für Bremen ab 2019 in Lauf gesetzte Kampagne „Digitalpakt Schule“ eingeordnet.

Endgeräte ohne ausreichende Anleitung durch Lehrpersonal zur Verfügung zu stellen, sei unter dem Eindruck der Corona-Pandemie als zielführend eingeschätzt worden; die möglichen Folgen für die psychische Gesundheit von Schülerinnen und Schülern hätte man dabei allerdings nur unzureichend absehen können.

TOP 5: Anträge, Anregungen und Entscheidungen in Stadtteilangelegenheiten

a) Jugendvertretung:

Es sind keine Vertreterinnen und Vertreter des Gröpelinger Jugendforums zugegen, dieser Punkt entfällt daher. Kenntnisnahme.

b) BürgerInnen:

Es liegen keine Anträge aus dem Publikum vor. Kenntnisnahme.

c) Seniorenvertretung:

Es liegen keine aktuellen Themen vor. Kenntnisnahme.

d) Beirat:

- Antrag CDU-Fraktion (Anlage 2): Verbindliche Beteiligung des Stadtteilbeirates am WiN-Forum – Stärkung demokratischer Mitwirkung im Stadtteil: Der Antrag wird zurückgezogen. Kenntnisnahme.
- Antrag CDU-Fraktion (Anlage 3): Subjektives Sicherheitsgefühl am Ohlenhof stärken – Installation einer polizeilichen Notrufsäule auf dem Bgm.-Koschnick-Platz: Der Antrag wird zurückgezogen. Kenntnisnahme.
- Antrag Fraktion „Die LINKE“ (Anlage 4): Kontextualisierung von Straßenschildern mit kolonialem Bezug (ergänzt um den Beiratswunsch, die von Kultur beauftragten Langtexte per QR-Code auf den Straßenschildern unterzubringen): Zustimmung (einstimmige Beschlussfassung).
- Antrag Fraktion „Die LINKE“ (Anlage 5): Stellungnahme zur Antwort SUKW (11.11.25) auf Beiratsbeschluss zur Geruchs- und Emissionssituation der KENOW-Anlage (10.09.2025): Zustimmung (einstimmige Beschlussfassung).
- Antrag SPD-Fraktion (Anlage 6): Wiederaufnahme der Sozialen Einrichtung „Wilder Westen“ in Gröpelingen als Beschäftigungsträger und auskömmliche Finanzierung sicherstellen: Zustimmung (einstimmige Beschlussfassung).

TOP 6: Bericht des Beiratssprechers

Aus zeitlichen Gründen sieht der Beiratssprecher von einem Beitrag ab. Kenntnisnahme.

TOP 7: Verschiedenes / Mitteilungen des Amtes

Die Ortsamtsleitung macht auf eine zusätzlich anberaumte Beiratssitzung mit bildungspolitischem Schwerpunkt am 14.01.2026 aufmerksam.

Eine Einladung an den neu ernannten Senator für Kinder und Bildung, Mark Rackles, wurde bereits ausgesprochen. Kenntnisnahme.

Vorsitz:

Beiratssprecher:

Protokoll:

Cornelia Wiedemeyer

Martin Reinekehr

Ingo Wilhelms

